

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 8. Mai 1929

Nummer 37

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

### Den „Bündlern“ ins Stammbuch

Nicht den aufrechten und überzeugten Christlichen, sondern jenen in Gänzlichkeiten, die im Gutenbergbunde der gewerkschaftlichen Zerspaltung der deutschen Buchdrucker huldigen, einige zeitgemäße Worte ins Stammbuch zu schreiben, scheint wieder einmal dringend nötig zu sein. Da ist zunächst der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes, der sich zur deutlicheren Abhebung seiner separatistischen Veranlagung noch als „Christliche Gewerkschaft Deutscher Buchdrucker“ betitelt und sich in seiner Nr. 18 vom 3. Mai wieder einmal als parteipolitisch-ernsthaftig, indem er sich mangels genügender Selbstkenntnis auf eine kommunistisch-bündlerische Sozialistenhaft verlegt hat. Soweit diesem sehr gemischt „christlichen“ Organ die moskowitzische Schandung der diesjährigen Waisfeier dazu willkommenen Anlaß bot, wollen wir dem Bündlerorgan diesen Happen gewiß nicht verzeihen, da er uns selbst anwidert. Zwar gäbe es für alle sogenannten christlichen Gewerkschaftsorgane in parteipolitischer Hinsicht mehr als genug Anlaß, vor ihrer eignen Tür zu kehren und insbesondere die fortgesetzte hochwürdige Mißachtung gewerkschaftlicher „Belange“ durch die Zentrums-Partei etwas schärfer unter die Lupe zu nehmen; aber dazu ist das Rückgrat der Redaktion des „Typograph“ zweifellos nicht straff genug. Deshalb überläßt sie dies lieber den christlich organisierten westdeutschen Kumpels und übt sich statt dessen in Ankläfferei der Sozialdemokratie. Daß die letztere es gar nicht nötig hat, solche Andereien ernstlich zu beachten, sehen wir ohne weiteres voraus. Auch wir haben keinen besonderen Anlaß, uns nach dieser Richtung irgendwie schützend vor die Sozialdemokratie zu stellen; dazu erscheint der „Typograph“ viel zu sehr unter Ausschluß der Öffentlichkeit; auch treffen uns seine parteipolitischen Phantastereien überhaupt nicht.

Etwas anders ist dagegen, wenn sich der „Typograph“ anmaßt, sich in Angelegenheiten unsres Verbandes maßig zu machen und sich z. B. mit den gewerkschaftsfeindlichen Kommunisten insofern zu verbündeln, daß er gleich diesen danach strebt, das Arbeitsverhältnis im Buchdruckgewerbe von der persönlichen Weltanschauung eines jeden Kollegen abhängig zu machen. Zwar wagt das die Redaktion des „Typograph“ noch nicht offen zu bekennen, sondern legt ihre diesbezüglichen Eier teils in die Spalten des „Deutschen“, teils in eingefandte Artikel im „Typograph“, wie z. B. durch kommentarlose Aufnahme eines solchen Artikels in seiner Nr. 18 vom 3. Mai unter der Überschrift „Die böse Konkurrenz“, in dem unter anderem folgende Sätze zu lesen sind:

Die christlich-nationalen Volksteile erkennen mehr und mehr, daß sie sich selbst aufgeben würden, wollten sie das Buchdruckgewerbe vollkommen den sozialdemokratischen Gewerkschaften ausliefern, die dann unter Umständen bestimmen könnten, ob noch eine christliche und nationale Zeitung oder ein Gebetbuch gedruckt wird oder nicht. Schon heute ist es vielfach so, daß die nichtsozialistischen Zeitungen am 1. Mai die Diktatur der roten Gewerkschaften spüren. Die christlich-nationale Arbeiterschaft fordert mit gutem Recht von jenen Betrieben die vorzugsweise Einstellung und Beschäftigung christlich organisierter, die in der Hauptphase das Schriftwerk für den christlichen Volksteil herstellten. Der § 67 des Betriebsrätegesetzes (Tendenzparagraf) und die Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung und -versicherung lassen eine solche Berücksichtigung der Arbeitskräfte ausdrücklich gesetzlich zu.

Daß eine solche Tendenz klipp und klar gegen § 1 Ziffer 2 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs verstoßt, muß der Redaktion des „Typograph“ bekannt sein. Daß sie trotzdem eine solche Forderung noch mit dem § 67 des Betriebsrätegesetzes, der in Wirklichkeit die völlige Anabhängigkeit der öffentlichen Meinungsfreiheit

von der persönlichen Ansicht der ihr nur technisch dienenden Arbeiter sichern will, begründen läßt, das bedingt eine Mitverantwortlichkeit der Redaktion des „Typograph“, die nichts mehr und nichts weniger als im Hinblick auf die grundsätzliche Bedingung in § 1 Ziffer 2 des Tarifs („Ausschluß parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte“) die zukünftige Tariffähigkeit des Gutenbergbundes in Frage stellt. Denn in diesem Punkte handelt es sich um nichts mehr und nichts weniger als um die „Magna charta libertatum“, das große Gesetz der geistigen Freiheit des Buchdruckerberufs, das weder von parteipolitischer noch religiöser Seite auch nur im geringsten erschüttert werden darf, ohne zu unheilvollen und endlosen Konflikten im Gewerbe zu führen. Im Verbands ist die Unantastbarkeit dieses Grundgesetzes von jeher als höchst organisatorische Pflicht betrachtet worden und wird weder nach links noch nach rechts auch nur um ein Jota aufgegeben werden. Will der Gutenbergbund von dieser Linie, deren Einhaltung allein schon durch die eigne weltanschauliche Charakterisierung seiner Organisation in Frage gestellt ist, endgültig abweichen, so muß darüber in kürzester Frist unbedingte Klarheit geschaffen werden.

Wir stellen fest, daß die gegenwärtige verbandsseltige Sperrung der kommunistischen Parteibetriebe in Solingen wie in Chemnitz allein darauf zurückzuführen ist, daß von den verantwortlichen Geschäftsführern unter dem Druck der kommunistischen Parteinstanzen eine Personalverringerung nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nicht in neutraler Übereinstimmung mit den Gewerkschaften durchgeführt werden sollte. Eine solche einseitige, die Geistesfreiheit der Buchdrucker hemmende Bewertung ihrer Arbeitskraft verbietet nicht nur die schon erwähnte tarifliche Grundbestimmung, sie widerspricht auch dem ganzen Wesen und Charakter des gesamten Buchdruckgewerbes und seiner Arbeitsverhältnisse. Die Anerkennung parteipolitischer und religiöser Ansichten als Maßstab für die Arbeitsverhältnisse der Buchdrucker würde die größte Gefahr für eine fortschrittliche Entwicklung des Buchdruckgewerbes und eine Gesinnungsknechtschaft für die Buchdrucker bedeuten, der sich diese niemals unterwerfen können und werden.

Daß trotzdem politische Parteien und Religionsgemeinschaften mit solchen Tendenzen sympathisieren, zeugt nur von einer geistigen Schwäche ihrer Bestrebungen. Das gilt für den „Typograph“ wie alle Funktionäre und Mitglieder des Gutenbergbundes, die in ihrer Mitglieder- wie Lehrlingswerbung parteipolitische oder religiöse Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen und sie mit allen Mitteln, selbst mit Vergiftung des Familienlebens, auf Zerwürfissen zwischen Vätern, Müttern und deren Kindern durchsetzen und aufbauen wollen. Hier ist der Punkt, der die Tariffähigkeit des Gutenbergbundes von der Stunde seiner dunklen Geburt trotz aller Wandlungen bis zum heutigen Tage unsicher erscheinen läßt. Mag es auch sonst noch Fanatiker geben, die sich als Buchdrucker mehr von parteipolitischen und religiösen Gesichtspunkten in ihrem Verhalten Andersdenkenden gegenüber leiten lassen, so sind dies doch keine nachahmenswerten Beispiele für die Erfüllung der Aufgaben und die Erreichung der Ziele unsres Verbandes, sondern höchstens einseitig denkende Menschen, die für die Gesamtheit der Buchdrucker nicht maßgebend sein können. Ob dies nun Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen oder andre -sten sind, spielt gar keine Rolle. Im Buchdruckgewerbe und im Verband der Deutschen Buchdrucker ist und muß Raum für alle Buchdrucker sein, die ihren Beruf in objektiver Weise verwerten und in den Dienst der gesamten Kultur und Wirt-

schaft der Menschen nicht nur stellen wollen, sondern müssen, wenn sie ihren Beruf nicht verfehlt haben oder zugrunde richten wollen. Daß unser Verband das in dieser Sache an christlich denkenden und handelnden Kollegen zu seinen Mitgliedern zählt als der Gutenbergbund, beweist nicht nur die Charakterfestigkeit, sondern auch eine viel stärkere Tragkraft der religiösen Überzeugung dieser Kollegen, die jedenfalls keiner geistigen Inzucht bedürftig sind. Nur die Mitglieder des Gutenbergbundes scheinen sich weltanschaulich erst dann sicher zu fühlen, wenn sie von Andersdenkenden nicht „gefährdet“ werden. Wir aber sehen in der Existenz des Gutenbergbundes nur eine für das Buchdruckgewerbe weder geschichtlich noch sachlich berechnete gewerkschaftliche Zerspaltung der deutschen Buchdrucker. Mag in andern Gewerben und Industrien infolge der großen Zahl der Unorganisierten das religiöse Moment zunächst noch als Vorstufe einer gewissen Annäherung an den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken eine einigermaßen begreifliche Rolle spielen, im Buchdruckgewerbe ist eine solche Trennung der gewerkschaftlichen Kräfte so unnötig wie ein Kropf.

Man bleibe uns vom Leibe mit der Phrase vom sozialdemokratischen Buchdruckerverband. Wenn die Mehrheit unsrer Mitglieder dem Sozialismus als Weltanschauung nähersteht als andern Welt- und Gesellschaftsbegriffen, so liegt das nicht am Buchdruckerverband, sondern am Mangel der Überzeugungskraft anderer Weltanschauungen, die gerade den Buchdruckern infolge ihrer beruflichen Tätigkeit viel bekannter sind als andern Arbeitern, und sie dazu zwingen, allen Geistesströmungen im allgemeinen viel objektiver, vorurteilsfreier und toleranter gegenüberzutreten. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, christlich denkenden Kollegen irgendeinen Vorwurf daraus zu machen, daß ihre Religionsgemeinschaften trotz ihres teilweise bald zweitausendjährigen Bestehens, der Menschheit noch nicht die von allen erstrebte Befreiung von den vielen Härten und Ungerechtigkeiten im Kampf um sein Dasein gebracht haben. Auch die Sozialdemokraten werden, was sie wollen, nicht in kurzer Zeit schaffen können. Und die Kommunisten, die überhaupt schlauer sein wollen als alle Andersdenkenden zusammen, die wohl über einen grenzenlosen Fanatismus, dafür aber über um so weniger Verständnis für eine vernünftige Zusammenfassung aller erforderlichen Kräfte für die Befreiung der menschlichen Arbeitskräfte aus unnatürlichen Fesseln verfügen, machen nur Geister wieder munter, die dank der freigerwerkschaftlichen Aufbau- und Reformarbeit in den letzten Jahrzehnten erkennen mußten, daß sie nicht allein auf der Welt sind. (Schluß folgt.)

### Die Frühstückspause eine hygienische Notwendigkeit

„Vorwärts! Esst nicht bei der Arbeit. Weidergiftung!“ So mahnt, bildlich unterstützt, ein Plakat der Berufsgenossenschaft. In allen Druckereien ist es ausgehängt — aber es findet oft nicht die gebührende Würdigung. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit hat man in vielen Betrieben auch die Frühstückspause abgeschafft. Das Frühstücken freilich blieb. Man ist so „nebenbei“, indem man das eine Ende der Stulle notdürftig mit einem Stück Papier umwickelt (manchmal esst das nicht) und diese nach ein paar herzhaften Bissen irgendwohin legt, auf den Kastenrand, unter ein Regal, kurz, wo Platz ist. Wenn der „Mist“ kommt, verirren sich die Stullen an die unzugänglichsten Orte. Denn es gibt ja kein „Frühstück“.

Aber die Gefahr der Weidergiftung spotten viele Kollegen. „Wegen so'n bißchen Bemme wird keiner krank“, heißt es da. Schleichende Krankheiten werden eben, solange sie sich nicht schmerzhaft bemerkbar machen, auf die leichteste

Schulter genommen. Schon das Essen bei unsrer fortwährend mit großer Staubentwicklung verbundenen Arbeit ist — auch wenn Berglungsfahrt nicht be-  
stehen — eine große Unsauberkeit. Mancher Kollege in den „frühstücklosen“ Betrieben hungert sich lieber bis zum Mittag durch, als daß er es über sich brächte, so „nebenbei“ sein Brot mit Ekel hinunterzuschlingen.

Diesen unwilligen Zustände muß ein Ende bereitet werden. Jede Fabrik hat ihre Frühstückspause. Nur wir Buchdrucker, ausgerechnet wir, glauben sie nicht nötig zu haben.

Und der Grund? Er ist wohl in der Hauptsache nur in der Bequemlichkeit zu suchen. Man kann ja dann abends eine Viertelstunde eher zum Tor hinaus. Eine Bequemlichkeit, die auf Kosten der eignen Gesundheit, des Sinns für Sauberkeit erreicht wird. Der Geschäftserfolg ist es in der Regel gleich, ob Frühstückspause gehalten wird oder nicht, denn sie ist es nicht, die ihr Frühstück im staubigen Arbeitsraum verzehren muß.

Weil die Bequemlichkeit so groß ist und erfahrungsgemäß auch nicht durch wohlmeinende Reden, Plakate usw. wesentlich beeinflusst werden kann, spreche ich den Regierenden aus, daß unsre Gesundheitsbehörde, also die Berufsgenossenschaft, anordnet: „In jeder Buchdruckerei hat eine regelmäßige Frühstückspause von mindestens einer Viertelstunde stattzufinden. Die Druckereiführer sind verpflichtet, für genügend Waschgelegenheit zu sorgen, um längeres Warten beim Waschen zu vermeiden.“

Gegen gesundheitswidrige Bequemlichkeit und gegen offene Unverschämtheit ist ein Diktat durchaus angebracht. Darum her mit der obligatorischen Frühstückspause!

C h e m n i t z.

B a c h u l t e.

### „Wer wagt mit?“

Eine Entgegnung zu dem Artikel in Nr. 31.

Es ist richtig, daß die Wanderschaft den geistigen Horizont erweitern kann. Doch ist das Gegenteil nicht ausgeschlossen. Schade, daß es keine Statistik darüber gibt, wieviel Menschen auf der Landstraße zu verrotteten Speckfägern geworden sind — und wieviel mit reicher innerer Ernte heimkehrten. Ich denke an die Unglücklichen, die infolge zerstückelter Familienverhältnisse oder äußerster wirtschaftlicher Not hinausgetrieben wurden. Ganz zu schweigen von den sogenannten Wajalsen, die wegen einer verbotenen Strafe verbannt wurden. Die manchmal etwas sentimentalen Neulandsucher entstammen hauptsächlich den Kreisen der Jugendbewegung, die sich freiwillig von der Mutter Schürze losgaben und nur losziehen, um sich innerlich zu befruchten.

Die Struktur der heutigen Wirtschaft ist völlig anders als im Mittelalter, in dem tatsächlich die Wanderschaft zumutlich festgelegt wurde. Den wandernden Kollegen fällt es ebenso schwer wie den ortsfestesten Arbeitlosen, Kunst zu bekommen und sich überhaupt „über Wasser zu halten“. Wir dürfen die Wanderschaft nicht als eine spezielle Frage des Buchdruckerverbandes, sondern müssen sie als eine allgemeine Arbeiterfrage betrachten. Deshalb darf man nicht in die Lebensgestaltung des einzelnen mit einer Zwangsmassnahme eingreifen, lediglich um das Heer der Arbeitlosen zu mindern. Das wäre übrigens nur ein Experiment im Dienste der Erhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung.

Für eine Forderung der Zeit halte ich es, den reisefähigen Arbeitern auch die nötige finanzielle Unterlage zu bieten, damit ihnen die Wanderschaft ein wirkliches Mittel zum geistigen Aufstieg wird. Die Verbandsunterstützung allein tut es nicht. Zu denken gibt es auch, daß demjenigen, der auf eigene Faust die Arbeit aufgibt, allerlei wirtschaftliche Hindernisse in den Weg gelegt werden, weshalb viele junge Kollegen, die wirklich Lust hätten, aus wirtschaftlichen Gründen von der Wanderschaft absehen.

Mit diesen Ausführungen möchte ich mich nicht gegen die Wanderschaft an sich wenden. Ich bin selber drei Sommer lang getrippelt, und wahrhaftig, jeder neue Ranz führt mich in Versuchung. Doch ich bin der Meinung, daß dieses Kapitel eine persönliche Angelegenheit ist.

Den mutigen „Kunden“ einen kräftigen Händedruck, aber den andern, die sich mit Ferienfahrten und kleineren Wanderungen begnügen, und die daher keine besondere Not leiden — denen keine Mißachtung!

D r e s d e n.

B e r n h a r d P u s h m a n n.

### Quellen der Steuerer

Der Rationalisierungsprozeß unsrer Wirtschaft dauert nunmehr schon einige Jahre an. Die Betriebe sind mit modernen und modernsten Maschinen ausgestattet und überflüssige Wege für Menschen und Materialen durch betriebliche Neuerungen und gesamtwirtschaftliche Umstellungen weitgehend ausgeschaltet. Die Leistung des einzelnen Arbeiters im Betriebe hat dadurch gewaltige Steigerungen erfahren und die Selbstkosten konnten senkter werden. Das bedeutet vorerst steigenden Unternehmensgewinn oder wie in letzter Zeit gern gesagt wird, wachsende Kapitalbildung. An sich ist die während der letzten Jahre stark gestiegene Ertragskraft unsrer Wirtschaftsapparates ein durchaus erfreuliches Moment, denn sie ist die Voraussetzung dafür, die breiten Massen des Volkes mit mehr und

besseren Waren zu versorgen. Zwei Wege führen dazu. Sie gehen über den Arbeitslohn und über den Warenpreis. In welchem Maße die während der letzten Jahre von den Gewerkschaften durchgesetzten Lohnerhöhungen mit Rationalisierungserfolgen begründet und gerechtfertigt worden sind, ist ziffernmäßig nicht feststellbar, aber daß die durch Rationalisierungsmaßnahmen gesteigerte Produktivität in Lohnsteigerungen ihren Niederschlag gefunden hat, ist unverkennbar.

Ein ganz andres Bild bietet leider ein Blick auf die Seite der Warenpreise. Von leichten Unterbrechungen abgesehen, ist die amtliche Maßzahl für die Lebenshaltungskosten seit der Währungsstabilisierung dauernd gestiegen. Wenn sich die Steigerung der Lebenshaltungskosten auch nicht in demselben Maße vollzog, wie es durch Gewerkschaftsarbeit möglich war, Erhöhungen der Nominallöhne zu bewirken, so ist sie trotzdem ein Uebelstand, dessen Ursachen zu erforschen und den abzustellen im Interesse der großen Verbraucherschicht eine unabwiesbare Notwendigkeit ist.

Bisher wurden Rationalisierungsmaßnahmen größeren Ausmaßes und demzufolge auch Rationalisierungserfolge nur vornehmbar in der Sphäre der Güterproduktion. In unserem komplizierten Wirtschaftssystem aber ist das nur ein Teilgebiet. In der Warenzirkulation, vornehmlich am Handel, ist der große Zug der Rationalisierungsmaßnahmen genau so spurlos vorübergegangen, wie an der öffentlichen Verwaltung. In der Produktion geht unentwärtbar die Entwicklung zum leistungsfähigen Großbetrieb unter Ausschaltung des mit hohen Selbstkosten arbeitenden kleinen Betriebes. Im Warenhandel ist direkt das Gegenteil zu beobachten. Wie sich hier die Zahl der Betriebe und das ihnen zur Verfügung stehende Kapital entwickelt hat, geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Anfang 1914	Anfang 1928
Zahl der Aktiengesellschaften . . . . .	779	3 478
Nominalkapital in Millionen Mark . . . . .	4 866	3 606

Es ist also im Handelsgewerbe auf einem gegenüber 1914 wesentlich verkleinerten Gebiete die Zahl der vorhandenen Aktiengesellschaften um 446 Proz. gestiegen, während das Nominalkapital in der gleichen Zeit eine Verminderung um 16 Proz. erfahren hat. Als Vermittler der Ware vom Produzenten zum Verbraucher ist der Handel ein wichtiger Faktor, und unrationelles Arbeiten dort erhöht den Warenpreis. Ein typisches Beispiel dafür bot die im verflochtenen Jahre eingetretene Senkung der Getreidepreise. Der Roggenpreis sank von Mai bis September um 284 M. je Tonne auf 209 M., der Weizenpreis in der gleichen Zeit von 265 M. auf 209 M. Dadurch hat die Landwirtschaft einen starken Kaufkraftausfall erlitten, von dem aber der Brotverbraucher nicht das mindeste profitiert, da eine Senkung der Brotpreise ausblieb. Auf dem Wege vom Landwirt zum Brotverbraucher ist die Senkung der Getreidepreise verpufft, oder mit andern Worten: Der Zwischenhandel und die Zwischenverbraucher haben riesige Gewinne machen können, weil eine Preisereicherung für den letzten Verbraucher durch sie verhindert wurde.

In andern Branchen des Handelsgewerbes hat die unnatürlich hohe Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis dazu geführt, daß sich der Großhandel stark genug fühlte, von sich aus zur Produktion vorzudringen. Das trifft in erster Linie auf den Braunkohlenbergbau zu. Anlässlich des großen mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks spielte die Tatsache eine große Rolle, daß ab Werk der Zentner Brennstoff 0,65 M., in dem nicht weit davon entfernten großen Konsumtionsgebiet Berlin dagegen 1,80 M. kostete. Das Auffallende hierbei war, daß Händler und Produzenten ein und dieselben Personen waren. Die großen Handelskonzerne befrachten auch die mitteldeutschen Braunkohlenwerke. Bei diesem Sachverhalt ist es für den Industrielken natürlich kein Kunststück, wenn Lohnerhöhungen gefordert werden, die Unrentabilität der Produktionsbetriebe nachzuweisen, was budymäßig dann immer stimmt, während tatsächlich mit großen Abschüssen gewirtschaftet wird, nur, daß diese an anderer Stelle sichtbar werden. Nun ist die Verquickung von Handels- und Produktionsinteressen nicht auf die Braunkohle beschränkt, sie ist in fast allen Gewerbezweigen vorhanden. Erinnerung sei nur an den Einfluß des ehemaligen Eisenhändlers Otto Wolff in der Westdeutschen Schwerindustrie, an die Spinnfabriks- und Zechenhandelsgesellschaften des Ruhrbergbaues, an die großzügige Handelsorganisation der großen deutschen Automobilkonzerne u. a. m. Dort überall ist die Möglichkeit gegeben, Betriebsgewinne auf Konten zu verbuchen, die der Kontrolle der Öffentlichkeit in noch viel stärkerem Maße entzogen sind, als es in der Produktion schon der Fall ist.

Im Interesse der Lohn- und Preisgestaltung ist es notwendig, diese Verhältnisse bei Abstellung vorhandener Abbel in Rechnung zu stellen. Weiter ist zu fordern, daß das Recht der Kartellkontrolle, das heute, wenn auch nur in bescheidenem Maße, dem Staate schon zusteht, auf die großen monopolistischen Einzelunternehmungen ausgedehnt und der Arbeitervertretung dabei ein ihrer Bedeutung entsprechendes Mitwirkungsrecht eingeräumt wird. Wo eine konzerntypische Verschmelzung zwischen Produktions- und Handelsinteressen nicht besteht, ist auf eine Verminderung der zwischen Produzenten und Verbraucher liegenden Stellen hinzuwirken. Hierbei ist der Weg, den die preußische Staatsregierung durch den Erwerb des Schwerkonzerne beschritten hat, ein vielversprechender Anfang. Dadurch,

daß an diesem großen Mischkonzern die Spitzenorganisationen der deutschen Konsumvereine maßgeblich beteiligt sind, ist eine enge Verbindung zwischen Verbraucher und Produzenten, in diesem Falle dem Landwirt, geschaffen. Alle diese Bestrebungen liegen mit der praktischen Gewerkschaftsarbeit auf einer Linie, denn sie beeinflussen in hohem Maße den Warenpreis, der wiederum die Kaufkraft, den Reallohn, bestimmt. F. B.

### Korrespondenzen

Dresden. In unsrer Berfammlug am 10. April nahm die Beratung der eingegangenen Anträge zum Verbandstag den breitesten Raum ein. Zwei von den Kollegen der Feinweg-Druckerei gestellte Anträge, die eine Änderung des § 1 der Verbandsstatuten herbeiführen wollten und eine Nichtkündigung des Manteltarifs zum 31. März 1929 mitbilligten, entsetzten eine außerordentlich rege Aussprache. Der zweite Antrag enthielt neben der Mitbilligung der Nichtkündigung des Manteltarifs eine Reihe von Unteranträgen zur bevorstehenden Tarifberatung, die sich in der Hauptsache mit einer Verkürzung der Arbeitszeit, der Überstundenfrage, Fernerentwertung, Verbot des Berechnens und dem Schlichtungswesen befaßten. Nach eingehender Aussprache wurden diese Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt. Dasselbe Schicksal war zwei weiteren Anträgen beschieden, die die Urwahl für alle Wahlen im Verbandsverband und sofortige Verhandlungen zur Schaffung eines Industrieverbandes forderten. Angenommen wurde lediglich ein Antrag, der die Mitgliedschaft in Werkportvereinen als nicht vereinbar mit der Verbandsmitgliedschaft erklärte. Hierauf anschließend schritt man zur Aufstellung der Dresdner Kandidaten zum Verbandstage. Als solche wurden mit der vorgeschriebenen Unterstützung von einem Drittel der Anwesenden die Kollegen Baummeister, Eise, Herbst, Hoffmann, Lehmann, Möhld, Schroeder und Walthar aufgestellt. Unter „Organisations- und Tariffragen“ schilderte Kollege S a h l m a n n die Differenzen, die in mehreren Dresdner Druckereien sowie auch in einigen Gavourten bei Durchführung des neuen Lohnabkommens entstanden sind. Während bei den meisten Fällen der Wille der Unternehmer zutage trat, die bei der vorjährigen Lohnbewegung erzwungenen höheren Zulagen bei den diesmaligen Lohnerhöhungen mit in Anrechnung zu bringen, glaubten einzelne Druckereien, die Bezahlung der neuen Zulagen überhaupt ablehnen zu müssen, da das Lohnabkommen noch nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden sei. Durch Eingreifen des Gavourstandes wurden die meisten Schwierigkeiten behoben, einzelne Sachen schweben noch, und in einem Falle wurden die Kollegen der Druckerei herausgezogen. Beim Punkt „Berichtsbüro“ machte Kollege S a h l m a n n davon Mitteilung, daß durch Erlaß des Präsidiums des Landesarbeitsamts die Buchdrucker des Freistaates Sachsen nunmehr ebenfalls in die Krisenfürsorge einbezogen worden sind. Nach Erlebigung mehrerer Anfragen und Befragungen weiterer Mitteilungen fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Esfeld. In unsrer Berfammlug am 18. April beschäftigte sich u. a. mit den Anträgen zum Verbandstag, die von der Kommission zur Ausarbeitung dieser Anträge gestellt waren. Diese betrafen in der Hauptsache das Unterstützungsweisen. Auch einige Anträge zum Manteltarif fanden die Zustimmung der Versammlung. Die Vertrauensleute werden ersucht, dem Vorstande die nötigen Unterlagen für die Zusammenstellung der Ergebnisse der diesjährigen Betriebsratswahlen zu übermitteln. Aufgenommen wurden fünf Kollegen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Lichtbildervortrag des Kollegen R. J a n s e n (Mißeldorf) über „Das Wunderland Kalifornien“, das Land des ewigen Frühlings. Der Vortragende, der einige Jahre in Kalifornien lebte, gab recht anschaulich Kenntnis von der Beschaffenheit, der Lebensweise der Bevölkerung, der Bodengestaltung und der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Wunderlandes. Die Aufnahmen, die der Referent auf die Leinwand brachte, zeigten uns seltene Naturschönheiten. Der Redner verstand es, die aufmerksamen Zuhörer bis ans Ende des Vortrages zu fesseln, die ihn zum Schluß wohlverdienten Beifall spendeten.

Frankfurt a. M. (W a s h i n e n s e r.) Die Generalversammlung unrer Gauervereingung am 14. April rief die Spartenkollegen bzw. Delegierten des Gauess Frankfurt-Hessen zusammen, um in einigen Stunden erster Beratung neben verschiedenen geschäftlichen Angelegenheiten zum Wahlsinneserfongreß und zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Nachdem Vorsitzender B e r m mit herzlichem Begrüßungsworten einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Gauervereingung gegeben und die verschiedenen Ereignisse dieser Zeit, insbesondere das 25jährige Jubiläum gestreift hatte, berichteten die Bezirksvorsitzenden Z e r f u s s (Kassel), B r a u n (Gießen) und N e i d h a r d t (Offenbach) über die Verhältnisse in ihren Bezirken. Aus all diesen Berichten läßt sich u. a. zusammenfassend sagen, daß die tarifliche Verhältnisse als gut, die gegenwärtige Konjunktur als nicht besonders günstig, der Verbandsratsbescheid als zufriedenstellend und die Zusammenarbeit mit den andern Sparten und dem Verband ebenfalls als gut zu bezeichnen sei, wenn auch in verschiedenen Fällen über das Verhältnis zur Handwerkerpartei geklagt wurde, so hätten sich jedoch auch hier die kollegialen Beziehungen in der letzten Zeit gebessert. Kollege Baer wurde einstimmig wieder als Vorsitzender der Gauervereingung gewählt, ebenso einstimmig erfolgte die Nominierung der Kollegen Baer (Frankfurt) und Zerfus (Kassel) als Delegierte zum Wahlsinneserfongreß, wobei einseitig Kollegen meinten, für den Fall, daß in Zukunft der Gau Frankfurt-Hessen zwei Delegierte zu wählen habe, sich die drei Provinzbezirke abwechselnd um das zweite Mandat bewerben sollten. Hierauf hielt Kollege D i e f f o r z (Gießen) einen sehr aktuellen und ausgezeigten Vortrag über die „Elektrische Schweißmaschinenbeziehung, Aktina“ und „Kardor“ (Kundidor), der mit vielen zahlreichen Lichtbildern, selbstgefertigten Schweißmaschinen und sonstigen instruktiven Erläuterungen das lebhafteste Interesse der Versammelten

hand und mit großem Beifall bekannt wurde. Nach einer Mittagspause fand die Beratung der eingegangenen Anträge, die sich mit Ausnahme eines Ermächtigungsantrages für das Ausschreiben eines Extrabeitrags von 1 M. anlässlich des Maschinenfestkongresses und der anteiligen Kostenübernahme für die Anschaffung einer Schreibmaschine, alle mit Änderungen zu den tariflichen Sonderbestimmungen für Maschinenführer befaßten, statt. Sie wurden fast alle einstimmig angenommen. Das für dieses Jahr angelegt gewesene Südwestdeutsche Maschinenfesttreffen in Mainz wurde im Einvernehmen mit dem Gau Mittelrhein auf nächstes Jahr verschoben. Zum 25jährigen Jubiläum der Maschinenfestvereinigungen Kassel im Herbst wurde beschlossen, dasselbe durch den Gau und die Bezirke mit Delegationen zu befehlen. Nach einem Schlusswort dankte der Vorsitzende, dem sich auch die Bezirksvorsitzenden angeschlossen, den Kollegen für den guten und einmütigen Verlauf der Gewerksammlungen. — Nach einem Gang durch die Stadt versammelten sich am späten Nachmittag die Kollegen nochmals, um bei einigen fröhlichen Stunden, die nur zu bald verrannen, sich wieder zu verabschieden.

**Hamburg. (S a n d e h e r.)** In unser Verjammlung am 7. April teilte Vorsitzender C o h n mit, daß das Pfingsttreffen in Hamburg nicht stattfinden kann, da wegen des Koitronfämpfertages keine Sonderzüge von Berlin nach Hamburg gestellt werden. Der Deutschkursus wurde abgebrochen. Die Kosten für den Kursus liefen sich auf den vierten Teil der Kosten des Vorjahres. Dann referierte B o m b a c h (vom Arbeitsamt Hamburg) über: „Das Arbeitslosenversicherungsrecht.“ Der Referent führte aus, daß die 275 Paragrafen dieses sehr lidenhaften Gesetzes in nur einem Wortage nicht zu besprechen seien, sondern nur einige Paragrafen, die hauptsächlich in Betracht kämen, etwas unter die Lupe genommen werden können. Der sehr interessante und belehrende Vortrag befriedigte die versammelten Kollegen vollkommen. Der Vortrag soll bei passender Gelegenheit fortgesetzt werden. In der Aussprache beteiligten sich die Kollegen sehr zahlreich. Selbst die Oppositionsredner waren mit den Referenten in fast allen Punkten gleicher Meinung. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, eine Wanderfahrt nach Bremen oder Lübeck zu unternehmen und am ersten Pfingsttage ein zwangloses Zusammenreffen der Kollegen mit ihren Familien im Hottelber Park abzuhalten.

**Leipzig. (S a n d e h e r.)** Eine recht zahlreich besuchte Verjammlung, an der auch die Frauen unserer Kollegen teilgenommen haben, fand am 11. April statt. Der große Saal und die Galerie des „Vollshauses“ waren bis auf den letzten Platz besetzt. Nach Eröffnung der Versammlung begrüßte Vorsitzender W o l f f r a m ganz besonders die neuangelernten Seherkollegen, machte diese auf die Veranstaltungen der Sparte aufmerksam und ersuchte sie, sich auch an der aktiven Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen. Nach einem Appell an unsere Frauen wurde unter „Bereitsmittelungen“ auf die große Arbeitslosigkeit (in dieser Woche 324 Handwerker) hingewiesen. Deshalb seien die Kollegen verpflichtet, die Leistung von Überstunden zu vermeiden und der Belegschaftsliste eine besondere Beachtung zu schenken. Weiter fanden Erwähnung unter anderem die Delegationen zu den Veranstaltungen der Sparten, die Sechste Wanderversammlung am 28. Mai in Weihen, der Besuch der Halleischen Kollegen am 7. April und der Verbandstag in Frankfurt a. M., welcher sich voraussichtlich auch mit den besondern Interessen der Handwerker beschäftigen wird. Zum Punkt 2 der Tagesordnung, Vorführung des Films: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker“ („Prestia“-Film) wurde der Aufbau des Verbandes und sein geschichtliches Werden im Bild dargestellt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde im Film „Natur und Liebe“ in lebendigen Bildern geschildert, wie nach ehernen Gesetzen Sonne und Erde entstanden, und wie auf der Erde jene unbegreiflich wunderbare Entwicklung zum mikroskopisch kleinen Urtier zur „Krone der Schöpfung“ sich abspielt haben mag. Diese beiden aufklärend und bildend wirkenden Filme fanden das größte Interesse der Versammlungsteilnehmer.

**Magdeburg. „Empor zum Licht!“** Mit diesem Kampfsied eröffnete der „Graphische Gewerksverein“ am 14. April unsere F i l i a l s B e z i r k s v e r s a m m l u n g. Kollege C h i l e r überbrachte Grüße des Gewerksverbandes und wünschte der Versammlung einen guten Verlauf. Eingangs begrüßte Kollege W e i g e l t die neuangelernten Kollegen, wies darauf hin, daß sie als spätere Träger unseres Verbandes berufen seien, diesen weiter zu fördern, und forderte sie auf, dem Verbands in allen Lebenslagen die Treue zu wahren. Unter „Geschäftlichem“ erwähnte Bezirksleiter Weigelt das Pfingsten in Halle a. d. S. stattfindende Mitteldeutsche Sängerfest und forderte zu lebhafter Beteiligung auf. Des weiteren wies er hin auf das zwischen Wiederitz-Gerwisch entstandene Eigenheim des „Bereins der Naturfreunde“. Eine Beschwerte über den Nachweisverwalter wurde dem Ortsvereinsvorstand zur Klärung überwiesen. Unter Punkt „Tarifliches“ wies der Bezirksleiter hin auf ein Urteil des Reichsgerichts, das das Urteil des hiesigen Schlichtsamts bestätigte, daß ein Bedienter mehrerer Maschinen tariflich unzulässig sei. Besonders wurde erwähnt, daß eine Mehrforderung und Bezahlung an Lohn, wie es des öfteren vorgekommen, kein Grund sein dürfe zur Mehrbedienung von Maschinen. Eine hiesige Firma, die bei Zahlung des nackten Minimums ein Mehrbedienten von Maschinen fordert, und unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse hierzu berechtigt zu sein glaubt, wird in Kürze eines Besseren belehrt werden. Der Sachauschluß hat in letzter Sitzung gegen die Stimmen unserer Vertreter eine Änderung der tariflichen Kollgehaltsätze der Belegschaft beschlossen. Gegen diesen Beschluß ist bei der Handwerkskammer sowohl wie beim Deutschen Buchdrucker-Verein Protest erhoben. Kollgehaltsänderungen an Lehrlingen nach diesem Beschluß sollen sofort dem Bezirksleiter gemeldet werden, um Klagen gegen die Firmen vorgehen zu können. Besonders Aufmerksamkeit sei der Wahl von Betriebsräten zu widmen, um unsere Rechte nicht schmälern zu lassen. Eine hiesige Firma, die die Wahl seit Jahren hintertrieben, wurde nach Anrufung der Aufsichtsbehörde ge-

zwungen, einen Wahlvorstand zu bilden und die Wahl eines Betriebsrats zu gestatten. Der Aufforderung des Vorsitzenden an die Vertrauensleute der einzelnen Orte zur Berichtserstattung über Einführung des neuen Lohnarfs, Belegschaftsliste, Überarbeitslohn usw. wurde entsprochen und tarifliche Bestände sind nicht zu verzehren, wohl aber allerorts beachtenswerte Entlohnung über Minimum. Die Aussprache über unsere letzte Lohnbewegung zeigte, daß die Kollegen sich wohl mit den gegebenen Tatsachen abgefunden haben, daß eine Befriedigung im allgemeinen aber nicht zu verzeichnen ist. Bei der Aufstellung von Kandidaten zum Verbandstag wurde darauf verwiesen, daß Magdeburg durch Überangebot von Kandidaten sich zweimal selbst von der Teilnahme am Verbandstag ausgeschlossen hat. Um nicht wieder leer auszugehen, wurde Maßigung dringend empfohlen und auch beherzigt. Für zwei Kandidaten, die dem Wahlbezirk Magdeburg zustehen, wurden die Kollegen Pieschner und Weigelt (Magdeburg), Tennstedt (Burg) und der vom Bezirk Stendal vorgeschlagene Kollege Jungel (Stendal) in Vorschlag gebracht. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 72 Kollegen aus den Bezirken Burg, Egeln, Genthin, Gommern, Loburg, Neuhaldenseen, Nilsfeld, Schönebeck, Wangleben und Wolmirstedt, während aus Magdeburg 154 Kollegen anwesend waren. Sämtliche Vorschläge erhielten die Unterstützung von einem Drittel der Anwesenden, nur der kommunistische Vorschlag fand mit 36 Stimmen die sahrungsgemäße Unterstützung nicht. Für die Wahl von 15 Delegierten für den am 7. und 8. September in Magdeburg stattfindenden Gantag wurden 28 Kollegen in Vorschlag gebracht. Drei Anträge zum Verbandstag fanden die Zustimmung der Versammlung. Kollege C h i l e r entrollte sichtlich noch ein trübes Bild vom Stand unserer Gewerkschaft, die durch die ungeheure Krankenzahl und die durch große Arbeitslosigkeit bedingte geringere Beitragsleistung eine nur geringe Einnahme hatte. Befestigung der Zuschüsse bei Krankheit, Todesfall usw. oder Erhöhung der Beiträge könnten hier nur eine Änderung herbeiführen. In seinem Schlusswort dankte der Bezirksleiter dem „Graphischen Gewerksverein“ für seine Mitwirkung und ersuchte die Kollegen, soweit sie noch nicht Mitglied seien, um Beitritt zu diesem Verein.

**Neuruppin. (S a n d e h e r.)** Am 14. April in Willenberge abgehaltene Bezirksversammlung wurde von 104 Kollegen besucht. Vor Beginn der Versammlung trat der Gesangsverein „Gutenberg“, Neuruppin, einige Lieder vor. In seiner Begrüßungsansprache konnte Vorsitzender R e i n h a r d t den Kollegen Wolter vom Gewerksverband begrüßen; desgleichen richtete er an die jung ausgehenden Kollegen die Mahnung, künftig tüchtige Verbandsmitglieder und Gewerkschaftler zu werden. Alsdann wurde das Abschieben eines Kollegen in üblicher Weise geübt. Dem Kassierer wurde für seine musterghilftige Buchführung Entlohnung erteilt. Kollege L a u e r (Neuruppin) regte an, daß vom Bezirk der Antrag gestellt werden soll, den Gantag sowie den Verbandstag alle fünf Jahre abzuhalten und die dadurch erzielten Ersparnisse unsern Invaliden zuzuteilen zu lassen. Der Antrag wurde von der Versammlung abgelehnt. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege R e i n h a r d t vorgeschlagen. Alsdann kam Kollege Wolter in seinem Referat „Gewerkschaftliche Zeitfragen“ auf die früheren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sprechen, desgleichen erwähnte er die letzten Lohnverhandlungen und begründete die Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter bei der Zustimmung des langen Abkommens. Aus seinen Ausführungen sei noch erwähnt der Zweck und Nutzen des Betriebsratsgesetzes, sowie die heutige Lehrlingsordnung, die uns das Recht gibt, die Dualifikation der Lehrlinge festzustellen. Zum Schluß seines Vortrages erwähnte er die Kollegen, auf die strikte Innehaltung der Vorschriften der Lehrlingsordnung zu achten. Daß das Referat guten Anklang fand, bewies der gependete Beifall. In der Aussprache beteiligten sich verschiedene Kollegen. In seinem Schlusswort gab der Referent den Diskussionsrednern noch manche Aufklärungen. Der Vorsitzende sprach ihm den Dank der Versammlung aus. In den Berichten der Vertrauensleute kam zur Kenntnis, daß verschiedene Prinzipale eine neue Methode anwenden, um durch Einstellung von laganantien Laufburschen, die dann als Lehrlingsanwärter fungieren, die tarifliche Belegschaftsliste zu umgehen. Hierzu macht Kollege W o l t e r noch darauf aufmerksam, daß die Sachunterauschüsse gegen jede Überschreitung der Belegschaftsliste einzuwirken müssen, und zwar noch vor Ablauf der Probezeit, da nachher nicht mehr viel zu erreichen ist. Den Versammlungsteilnehmern wurde volles Fröhgebot und Mittagessen aus der Bezirkskaffe bewilligt. Als nächster Versammlungsort wurde Neuruppin vorgeschlagen.

**Altenberg. (S a n d e h e r.)** In unser Verjammlung am 14. April referierte Kollege F i l i e (Fitzsch) über Gantag und Belegschaftslistenkontrolle. Aufmerksam folgten die Versammelten seinen Worten und spendeten reichen Beifall. Vorsitzender C h i l e r nahm zu einzelnen Punkten im Referat kurz Stellung. Darauf wurden die Kandidaten für die Delegiertenwahl zum Verbandstag aufgestellt. Dann wurde zum kommenden Johannistag Stellung genommen. Als Ort hierfür Altenberg bestimmt. Das Johannistag für nächstes Jahr wurde nach Altenberg festgelegt.

**Opfaden. (S a n d e h e r.)** In unser Verjammlung am 7. April wurden sechs Neuangelernte aufgenommen und zwei Mitglieder wegen Nichterens ausgeschlossen. Dem Kassierer wurde für seinen Vierteljahrberichts Entlohnung erteilt. Anschließend folgte ein Bericht des Kollegen M a y e r (Solingen) über die Vorgänge in der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von der dort beobachteten Handlungsweise, die in der Arbeiterbewegung wohl einzig dastehet und nahm dann einstimmig folgende Entschlüsse an: Die sehr zahlreich besuchte Versammlung des Ortsvereins Opfaden am 7. April nahm mit Entrüstung den Bericht über das rigorose Vorgehen des Herrn Freudenberg (Geschäftsführer der „Bergischen Arbeiterstimme“) der von zwei Kollegen des Ortsvereins Solingen in unparteilicher Weise gegeben wurde, zur Kenntnis. Die Versammlung verurteilt die in der „Bergischen Arbeiterstimme“ angewandten Methoden

der dortigen Geschäftsleitung. Helle Entrüstung herrschte über das Verhalten einiger Buchdrucker, die ihren Kollegen schmähslich in den Rücken fielen und dadurch Herrn Freudenberg's Vorgehen untergruben. Dieses, jedem gewerkschaftlichen und kollegialen Zusammengehörigkeitsgefühl sohn sprechende Unterfangen von Gewerkschaftlern kann man nur als Streichzug beschämendster Art bezeichnen. Den ausgesperrten, die Ziele der deutschen Buchdrucker hochhaltenden Kollegen, sprechen wir unsere volle Sympathie aus. Als letzter Punkt stand das Johannistag zur Debatte, das als Saaisfest gefeiert werden soll. Die Vorarbeiten wurden einer Festkommission übertragen.

**Pfungstadt. (S a n d e h e r.)** In unser stark besuchten Verjammlung am 6. April konnten wir unsern Bezirksvorsitzenden B o l e r t (Warmsdorf) begrüßen. Dieser referierte über seine im Sachauschluß gemachten Erfahrungen sowie über die Feststellungen während einer Besichtigung der Druckereien in den Landorten. In seine Ausführungen knüpfte sich eine rege und fruchtbare Aussprache. — Nach Schluß der Versammlung verließen die Kollegen noch einige anregende Stunden im gemütlichen Beisammensein.

**Kaisor. (S a n d e h e r.)** Bei einem Besuch von rund 90 Proz. der Gehilfen und Lehrlinge hielt unser Bezirk seine F r i l s j a h r s v e r s a m m l u n g ab, die mit einem Aufruf für unsern verstorbenen Verbandsvorsitzenden eröffnet wurde, nachdem der Gesangsverein „Gutenberg“ zwei Lieder vorgetragen hatte, streifte Vorsitzender T h i e l u r z die Ergebnisse der letzten Zeit, die auch aus eine große Arbeitslosigkeit gebracht habe. Der Kassierbericht des Kollegen J a k a l a war immerhin noch so günstig, daß Beitragskosten und Mittagsgeld und außerdem den Arbeitslosen und Invaliden je 3 M. bewilligt werden konnten. Nach Entlastung des Kassierers hielt G a u v o r s t e h e r F i e d l e r (Breslau) einen Vortrag über die geplante Reform des Unterstützungswezens in Verband und Gau, verbreitete sich sodann über die letzte Lohnbewegung, um zum Schluß seiner Ausführungen noch kurz die wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den Reparationskosten zu streifen. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Nach längerer Aussprache fand ein Antrag einstimmige Annahme, den Verbandstag zu ersuchen, die Höchstleistung in der Invalidenversicherung nach 1500 Beiträgen eintreten zu lassen, da es nur wenigen Mitgliedern der „Kriegsgeneration“ möglich sein werde, die Staffel von 2000 Beiträgen zu erreichen. Weiterhin wurde gewünscht, daß der Gau die Frauenberbedarfsliste beibehalten möge. Ebenso einstimmig erfolgte der Beschluß, die Herbstbezirksversammlung in Leobfisch abzuhalten. Unter „Verschiedenem“ hatte G a u v o r s t e h e r F i e d l e r noch Gelegenheit, eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten. — Die Versammlungsteilnehmer nahmen dann gemeinsam das Mittagessen ein, worauf sich die auswärtigen Gäste mit einem herzlichen „Auf Wiedersehen“ verabschiedeten.

### Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswertes Beispiel.** Am 1. Mai beschloß der Langensalzaer Allgemeine Anzeiger, der seit Gründung in dem Besitz der Familie Thomas ist, seinen 50. Jahrgang. Aus diesem Anlaß erhielt das gesamte Personal einen Wochenlohn extra ausgezahlt.

**Gewerkschaften.** In den Ende April in Königsberg i. Pr. abgehaltenen Prüfungen nahmen 10 Ausgelernte aus Königsberg und 6 aus der Provinz teil. 4 Prüflinge bestanden mit „Gut“, 13 mit „Genügend“ und 8 erhielten die Note „Ungenügend“. Von den letzteren waren 6 aus der Provinz. Man muß offen sagen, daß das Gesamtergebnis keineswegs befriedigend ist, weil ein Drittel die Prüfung nicht bestanden hat. Ferner muß festgestellt werden, daß auch zwei Königsberger Großbetriebe Beifällige mit der Note „Ungenügend“ zurückstießen. Die Feststellungen von Gewerkschaften haben ergeben, daß die Ausbildung in mancher Druckerei am Orte bedeutend besser werden muß, und dem Sachauschluß sei empfohlen, von jetzt ab darüber zu wachen. Erwähnt sei noch, daß die Firma Scheffler in Weßlau, nachdem sie in vier Jahren den Lehrling ungenügend ausgebildet hatte, ihn jetzt nach der nichtbestandenen Prüfung kurzerhand entließ; jedoch sind die nötigen Schritte hiergegen sofort eingeleitet.

**Erholungsheime der Arbeiter.** In Beantwortung verschiedener an uns gerichteter Anfragen aus letzter Zeit sei zusammenfassend noch einmal erwähnt, daß die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“, e. G. m. b. H., in Jena, Marientrasse 4 zur Zeit sieben Ferien- und sechs Wandersheime besitzt, nämlich sieben inmitten prächtiger Hochwälder Thüringens, zwei in idyllischer Seebegende, eins im märkischen Seengebiet, eins in den Wäldern des Vogellandes, eins im südlichen Erzgebirge und eins im Reinwald bei Altenburg (Thüringen). Die Heime, die nur durch tatkräftige Unterstützung der freien Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden konnten, sollen Stätten sein, in denen sich gleichgültige Menschen finden, um, losgelöst vom körper- und nervenverbrauchenden Daseinstampfen, kürzere oder längere Zeit auszuspannen in gesunder, reiner Luft in landschaftlich reizvollen Gegenden. Die Preise sind auch für den wenig Bemittelten als erschwinglich zu bezeichnen. Prospekte stehen auf Anforderung gern zur Verfügung. Anfragen wolle man Rückporto beilegen.

**Arbeiter auf Reisen.** Der Reichsausschluß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Sommer eine Reihe schöner und verhältnismäßig preiswerter Reisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Bereits Ende Mai findet die erste Reise nach Dalmatien statt. Für folgen dann weitere Reisen an die Riviera, nach Bornholm, in die Schweiz, an den Rhein, nach Brüssel-Paris, Schweden-Finnland, England, Krakau-Hoje Latta, Wien-Klagenfurt, Hamburg-Hesloand, an die Kurische Nehrung, an die Adria und nach Tunis. Schon fast 100 M. kann man sich an einer Reise beteiligen. Die Aufbringung der Kosten wird durch bequeme Ratenszahlung erleichtert. Daneben ist zum erstenmal auch ein Ferienaufenthalt in Tirol (inmitten der hohen Tauern) und in der Südböhme zu außerordentlich günstigen Bedingungen eingerichtet worden. Nähere Angaben enthält der reich illustrierte, gut

